

# Stadt soll Veto zur Landesstelle zurücknehmen

Vorstoß der Grünen stößt in der Politik allerdings auf wenig Verständnis

Von Dominik Pieper

**Massen. Die Haltung der Stadt zur Nutzung der Landesstelle spaltet die Politik. Die Grünen fordern jetzt, einen Ratsbeschluss gegen den Betrieb der Unterkunft zurückzunehmen – und ernten dafür harsche Kritik.**

Die Eindrücke vom Besuch in der Flüchtlingsunterkunft Mitte dieser Woche wirken bei den Grünen erkennbar nach. Gestern hat Fraktionsvorsitzende Charlotte Kunert einen umfangreichen Antrag an den Bürgermeister geschickt, um die Situation der Landesstelle komplett neu zu ordnen und zu bewerten. Erster Punkt ihrer Forderung: „Der Ratsbeschluss, eine Nutzung ohne Flüchtlinge in der ehemaligen Landesstelle in Massen gegen das Land einzuklagen, wird aufgehoben“. Die Grünen möchten ein Zukunftskonzept für das Areal entwickeln – mit einem Nebeneinander von Hochschule und Flüchtlingsunterkunft.

Dieses Ansinnen stößt beim politischen Mitbewerber allerdings auf heftigen Gegenwind. Gegenüber dem Land jetzt einzuknicken und die eigene Haltung aufzuweichen, „ist nicht die Linie der CDU“, formuliert es de-

ren Fraktionsvorsitzender Gerhard Heckmann. Deutlich klarer sagt es FDP-Fraktionschef Martin Bick. Den gefassten Ratsbeschluss jetzt zurückzunehmen, wäre „fahrlässig und ein fatales Signal“, sagt er. Hintergrund sind die Bemühungen der Hochschule, das Areal und somit den Bildungsstandort Unna weiterzuentwickeln. „Wir müssen unser Recht wahrnehmen“, fordert auch FLU-Fraktionschef Klaus Göldner. Das Land habe das Areal der Landesstelle der Stadt seinerzeit vor die Füße geworfen, sagt Göldner. Der Stadt sei es gelungen, eine gute Perspektive zu entwickeln. Und genau diesen Weg müsse die Politik nun weitergehen. Volker König, neuer Fraktionschef der SPD, will die Gespräche zwischen Land und Stadt erst einmal abwarten, ehe er die Situation neu bewertet.

Die Grünen sehen indes die Möglichkeit, die Interessen der Stadt zur Weiterentwicklung des Areals und die des Landes in puncto Flüchtlinge unter einen Hut zu bekommen. Die Bezirksregierung hatte klargestellt, dass die Landesstelle im Gesamtkonzept unerlässlich sei. Allerdings soll die Belegung 500 Plätze künftig nicht mehr übersteigen.

## Flüchtlinge akzeptieren

**Unna.** Die Grünen möchten, dass die Stadt ihren Einspruch zur Wiedernutzung der Landesstelle zurücknimmt. Stattdessen soll ein Nebeneinander von Flüchtlingen und Hochschule möglich werden. Von den anderen Fraktionen kommt allerdings Contra. ↗ Seite 17